

KLARTEXT

Von Stefan Endell  
(s.endell@nrz.de)



Neuer Schwung für diese Freundschaft

Deutschland und Frankreich

Mehr als ein halbes Jahrhundert ist der Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit, kurz „Élysée-Vertrag“, nun alt, und jetzt gehen die Abgeordneten des Deutschen Bundestages untergehakt mit den Kollegen der französischen Nationalversammlung her und fordern in einer gemeinsamen Erklärung eine veritable Neuauflage dieses Vertrages. Schon alleine diese erfrischende Initiative der Parlamente ist nur möglich, weil Deutsche und Franzosen schon eine so lange Strecke der Versöhnung und des Vertrauens gemeinsam zurückgelegt haben. Die Freundschaft begann in den 50er- und 60er-Jahren mit den Städtepartnerschaften, besiegelt wurde sie mit der berühmten Umarmung der beiden betagten Staats- und Regierungschefs.

Aber ist denn der Élysée-Vertrag des Jahres 1963 heute nicht mehr tragfähig? Brauchen wir etwas Neues? Der Élysée-Vertrag war das Ergebnis einer Politik von Konrad Adenauer und Charles de Gaulle. Beide sind nicht mehr auf dieser Welt. Damals ging es um die Situation, so wie man sie damals gesehen hat. Heute haben wir eine globalisierte Welt, in der alles anders aussieht als in der Welt von 1963. Wenn man Deutschland und Frankreich heute als den „Motor für eine Erneuerung“, für eine Vertiefung des großen Projektes Europa versteht, dann brauchen wir heute tatsächlich auch etwas Neues.

Wir brauchen einen neuen Élysée-Vertrag, gestützt auf die Versöhnung und das Vertrauen der Väter, der eine klare Vision von der Welt der Kinder und Enkel hat. Deutsch-französische und somit auch europäische Zukunftsthemen gibt es ja genug: die Digitalisierung, der deutsch-französische Wirtschaftsraum, die E-Mobilität, die bilingualen Schulklassen, die Infrastruktur in den Grenzregionen – aber auch eine einheitliche Asylpolitik, gemeinsame Bekämpfung von Fluchtursachen und und und.

Die gestern verabschiedete Resolution der Parlamente ist aber nicht nur ein Handlungsauftrag an die Regierungen, sondern sie ist auch ein Impuls an die Zivilgesellschaft in Frankreich und Deutschland. Die Politiker beider Parlamente fordern die Regierungen auf, in diesem Jahr 2018 die Bürger zur Zukunft von Europa zu befragen. Bürgerkonvente, so das Stichwort. Das Netzwerk der über 2200 deutsch-französischen Städtepartnerschaften soll hier behilflich sein. Heute wie 1963 gilt nach wie vor: Ohne zivilgesellschaftliches Fundament wird Politik keine nachhaltigen Erfolge erzielen. Also frisch ans Werk, allons-y! **Stefan Endell ist NRZ-Redakteur in Duisburg und das für Öffentlichkeitsarbeit zuständige Vorstandsmitglied der Vereinigung Deutsch-Französischer Gesellschaften für Europa.**

IMPRESSUM

Gründer: Prof. Dr. h. c. Dietrich Oppenberg  
Herausgeber: Heinrich Meyer  
Chefredakteur: Manfred Lachniet  
Stellvertretender Chefredakteur: Ralf Kubbenmuss  
Mitglied der Chefredaktion: Peter Toussaint  
Verantwortlich:  
Desk: Dr. Michael Minholz  
Politik/Wirtschaft: Jan Jessen  
Kultur: Stephan Hermens  
Nordrhein-Westfalen: Holger Dumke  
Vermischtes/Die Seite Drei: Cornelia Färber  
Chefredakteur: Matthias Maruhn  
Für alle Anschriften wie Verlag:  
E-Mail: redaktion@nrz.de  
Chefredaktion: Miguel Sanchez (Berlin)  
Überregionale Inhalte sowie Märkte- und Serviceseiten entstehen in Zusammenarbeit mit der FUNKE Zentralredaktion Berlin: Jörg Quoos (Ltg.), Jochen Gaugle (Stellv.), Online: Thomas Kloß (Ltg.), Marc Hippler (Stellv.), FUNKE Sports: Pit Gottschalk (Ltg.)  
Technik: Andreas Mangen  
Produktion: FUNKE Redaktions Services; Oliver Mülthaupt (Ltg.), Carsten Oberste-Kleinbeck (Chef vom Dienst)  
Mediacampus NRZ: Raufeld Medien, Dr. Sabine Schouten, Paul-Lincke-Ufer 42/43, 10999 Berlin  
Verantwortlich für Anzeigen und Verlagsbeilagen: Evangelos Botinos. Anschrift wie Anzeigen. Anzeigenpreisliste Nr. 42, FUNKE MEDIENGRUPPE (WAZ + NRZ + WR + WP). Erfüllungsort und Gerichtsstand für das Mahnverfahren ist Essen. Anzeigen und Beilagen politischem Aussageshieldes stellen allein die Meinung der dort erkennbaren Auftraggeber dar.  
Freitags mit RTV, TV-Magazin zur Tageszeitung.  
Anzeigen und Vertrieb: FUNKE MEDIEN NRW GmbH, Friedrichstr. 34-38, 45128 Essen, Briefanschrift: 45123 Essen, Telefon-Sa.-Nr. 0201 804-0, Telefax-Nr. 0201 804-2841.  
Anzeigen: Telefax-Nr. 0201 804-2418; anzeigenzentrale@funkemedien.de  
Vertrieb: Telefon 0800 6060720\*, Telefax-Nr. 0800 6060750\* (\*kostenlose Servicenummer)  
E-Mail: Leserservice@nrz.de  
Ein Titel der FUNKE MEDIENGRUPPE  
Verlag: Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & Co. Essen, Kommanditgesellschaft, Friedrichstraße 34-38, 45128 Essen, Briefanschrift: 45123 Essen, Telefax-Nr. 0201 804-2841, Redaktion 0201 804-2621.  
Geschäftsführer: Manfred Braun, Heinrich Meyer, Michael Wüller.  
Druck: Druckzentrum Essen GmbH, Friedrichstr. 34-38, 45128 Essen.  
Für die Herstellung der Neuen Rhein/Neuen Ruhr Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



ZEICHNUNG: THOMAS PLASSMANN

Michael Groschek ist der „Brückenbauer“ der SPD

Chef der NRW-SPD überzeugte mit einem Kompromiss GroKo-Zweifler. Streit zwischen Bundestags- und Landtagsabgeordneten

Von Matthias Korfmann

Düsseldorf. Nach dem SPD-Bundesparteitag sind sich viele Beobachter einig: Ohne die NRW-SPD wäre in Bonn wohl kaum ein knappes Ja zu Koalitionsverhandlungen mit der Union herausgekommen. Ausgerechnet jener SPD-Landesverband, der in der GroKo-Frage seit Wochen tief gespalten ist, ebnete mit einem geschickten Schachzug in letzter Minute den Weg für ein mögliches Bündnis zwischen CDU, CSU und SPD.

Am Tag nach dem Parteitag sitzt Michael Groschek, der Chef der NRW-SPD, in der Düsseldorfer Parteizentrale und plaudert mit Journalisten. Die Anspannung des Vortages ist von ihm abgefallen, er redet wieder über sein Lieblingsthema: die Erneuerung der Partei nach der verlorenen Landtagswahl. Martin Schulz und Andrea Nahles hätten guten Grund, Groschek eine Glückwunschkarte und Blumen zu schicken. Denn der 61-Jährige, der sich selbst nur als „Übergangslösung“ an der Spitze der Landespartei sieht, hat für sie wohl die Kohlen aus dem Feuer geholt.

Auf den letzten Drücker die Kohlen aus dem Feuer geholt

Praktisch auf den letzten Drücker hatten die SPD in NRW und Hessen den Parteitag mit einem Antrag konfrontiert, in dem drei Forderungen standen, die viele Delegierte im Sondierungspapier schmerzlich vermisst hatten: Befristete Arbeitsverträge sollen die Ausnahme sein; das Ende der Zwei-Klassen-Medizin müsse eingeläutet werden; eine erweiterte Härtefallregelung für den Familiennachzug von Flüchtlingen solle her. Dieser Vorstoß war eine Brücke für manche GroKo-Gegner, die sie doch noch ins Lager der Ja-Sager führte. Einer der wichtigsten Bauer: Michael Groschek.

Der Reservist der Marine hat diesen „Coup“ nicht allein gelandet. Groschek bedankte sich bei SPD-Landtagsfraktionsvize Martin Börschel und dem parlamentarischen Geschäftsführer Marc Herter für deren Mithilfe beim Kompro-



Michael Groschek bei seiner Rede auf dem Sonderparteitag. FOTO: UTE GRABOWSKY

KURZFRISTIGE EINTRITTSWELLE

Das Ringen um Koalitionsverhandlungen mit CDU und CSU geht in der NRW-SPD auch am Tag nach dem Sonderparteitag weiter. Der Chef der Jungsozialisten (Jusos) in NRW, **Frederick Cordes**, überraschte mit einer Initiative zur Mitgliederwerbung. Der Parteinauwuchs will mit einer Kampagne „**Einen Zehner gegen die GroKo**“ ein solches Bündnis noch verhindern. „Jetzt gilt es, viele GroKo-Kritiker in die Partei zu holen, damit wir beim Mitgliederentscheid das Ergebnis sprengen können“, sagte Cordes. Nach Abschluss der Verhandlungen sollen die SPD-Mitglieder über den Koalitionsvertrag entscheiden. Neumitglieder dürfen daran bis zu einem noch nicht festgelegten Stichtag teilnehmen. NRW-SPD-Chef **Michael Groschek** distanzierte sich von dem Juso-Vorstoß: „Wir dürfen jetzt keine Faxen machen. Wer politische Entscheidungen für zehn Euro verkaufen will, spielt mit dem Feuer.“ Groschek sprach von rund 200 online eingegangenen Anträgen auf Parteieintritt. „Kurzfristig haben wir eine Eintrittswelle und nur eine Handvoll Austritte“, sagte Groschek. Bundesweit seien seit Sonntag rund 700 neue Mitglieder in die SPD eingetreten.

miss. „Sie haben ein beeindruckendes Maß an Führungsverantwortung gezeigt.“ So viel Lob lässt aufhorchen. Denn noch immer ist unklar, wer die SPD-Landtagsfraktion nach Norbert Römer führen und wer die Partei in die nächste Landtagswahl führen könnte. Börschel und Herter? Groschek deutete an, dass man diese beiden Namen wohl auf der Rechnung haben muss: „Sie haben heute wichtige Rollen und morgen vielleicht noch wichtigere.“

Dass sich Groschek als „Brückenbauer“ hervorgetan hat, unterstreicht auch Karl-Rudolf Korte, Politikprofessor an der Uni Duisburg-Essen. „Er hat so verhandelt, dass das Gewicht des großen Landesverbandes NRW in der SPD auch sichtbar wurde“, lobte Korte. Ohne die NRW-Initiative hätte es in Bonn „wohl keine Mehrheit für den Leitantrag gegeben“, bestätigte Norbert Römer gegenüber dieser Redaktion. Der Fraktionschef zeigte sich zudem „davon überzeugt, dass es keine Mehrheit für eine GroKo bei einem SPD-Mitgliederentscheid geben wird, wenn es bei den drei zusätzlichen Punkten keine klaren Fortschritte im Koalitionsvertrag geben wird.“

Der Bochumer SPD Bundestagsabgeordnete Axel Schäfer wunderte sich indes darüber, dass unter den Parteitagsdelegierten Bundestagsabgeordnete aus NRW mehrheitlich für, die meisten Landtagsabgeordneten aber gegen Koalitionsverhandlungen gestimmt hatten. „Solch eine Situation hatten wir in NRW noch nie“, sagte Schäfer. Er wollte dies zwar nicht kommentieren, fand dann aber doch deutliche Worte: In Bundesangelegenheiten hätten sich SPD-Landtagsfraktion und Fraktionschef Norbert Römer schon oft „weit aus dem Fenster gelehnt“. So habe Römer im Jahr 2016 Sigmar Gabriel als Kanzlerkandidaten vorgeschlagen. „Die Landtagsfraktion hat lange geglaubt, sie sei die Landespartei“, schimpfte Schäfer. Norbert Römer konterte: „Das ist eine Fehleinschätzung. Wir müssen nun nahe beieinander bleiben und nicht den Eindruck erwecken, wir seien eine zerrissene Partei.“ NRZ

GELESEN

Die Landeszeitung (Lüneburg) schreibt zu Türkei/Syrien: „Erdogan will die kriegerische Lösung der Kurdenfrage. Und das, obwohl sich die gepanzerte Faust dafür seit Jahren als ungeeignet erwiesen hat. Aber Erdogans Feldzug belegt einmal mehr, dass es sich rächt, historische Erblasten zu ignorieren. Und die Kurdenfrage gäbe es gar nicht ohne das koloniale Denken des Westens bei den Friedensregelungen nach dem Ersten Weltkrieg vor 100 Jahren.“

GEHÖRT

„Die Organspende kann ein Ausdruck der Nächstenliebe sein.“

Manfred Rekowski, Präses der rheinischen Landeskirche, wirbt für Organspende. Derzeit sind die Spenderzahlen auf einem Tiefstand



LESER SCHREIBEN KLARTEXT



SPD-Parteitag

Nach der verlorenen Bundestagswahl kündigte Frau Nahles in Richtung CDU/CSU an: „Und ab morgen kriegen sie in die Presse...aha-ha“. Jetzt umarmt sie erleichtert Martin Schulz nach der knappen Mehrheit zur Aufnahme von Koalitionsgesprächen. Schade, dass es keine Neuwahlen gibt. Da würde Frau Nahles vermutlich vom Wähler „in die Presse kriegen“. P. Pallulat, per Mail

Mit dem Tenor Ihres Kommentars bin ich voll einverstanden. Allerdings kann ich Ihren Verweis auf die fehlende Berichterstattung von ARD und ZDF nicht teilen. Jeder interessierte Bürger hatte die Möglichkeit, auf dem dafür zuständigen Sender Phoenix die komplette Debatte incl. interessanter Interviews zu sehen. Ich habe davon natürlich Gebrauch gemacht, aber wie hätten wohl die weniger politikaffinen Zuschauer reagiert, wenn sie statt Wintersport u.ä. diese stundenlangen Reden hätten anhören müssen? Vermutlich hätten sie (...) direkt zu den Privatsendern gezappt. Klaus Bauer, Mülheim

Cyber-Kriminalität

Schon das Lesen der Meldung unter „Internet: Kriminelle härter verfolgen“ ließ mich befürchten, dass es hier mal wieder um einen Politiker-Schnellschluss geht. Herr Lischka hat getreu dem Motto „nicht kleckern, sondern klotzen“ direkt von einer Grundgesetzänderung gesprochen. Seiner Webseite sind nicht entnehmen, dass er sich durch besondere IT-Kenntnisse auszeichnet. Als Mitglied des parlamentarischen Kontrollgremiums sollte ihm aber bekannt sein, dass Geheimdienste ein Eigenleben führen. Der Artikel im Magazin hat dann meine schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Eine Bündelung von Kompetenzen halte ich ja auch für sinnvoll; aber beim Thema „Hack back“ wird mir ganz anders. Es ist bei gut gemachten Angriffen eben nicht möglich, den Verursacher mit Sicherheit zu bestimmen. Grundsätzlich sind alle Indikatoren fälschbar (...) Richtig übel war dann aber die Liste der möglichen Ausführungsgremien. Ich dachte eigentlich, Geheimdienste dürfen nur Daten sammeln, aber nicht aktiv tätig werden? Mir scheint, manche Geheimdienstler verbringen zu viel Zeit mit ihren US-Kollegen. Der beste Schutz gegen Angriffe ist eine gut ausgestattete IT. Aber wir bekommen in diesem Land ja weder eine elektronische Gesundheitskarte noch ein Anwaltspostfach hin. Aber wir träumen von einer Cyberarmee. (...) Thomas Wallutis, per Mail

Rechtsprechung

Was ist das für eine (Un-)Rechtsprechung: Ein alkoholisierte Autofahrer, der einen Menschen totfährt und Fahrerflucht begeht, wird zu einem Jahr Gefängnis auf Bewährung und 1000 Euro Geldstrafe verurteilt und ein Obdachloser, der schwarz mit öffentlichen Verkehrsmitteln fährt und die Geldstrafe nicht bezahlen kann, muss für anderthalb Jahre ins Gefängnis. Jürgen Ott, Dinslaken

Goretzka, Bayern und der Kommentar dazu

Der Meinung von Herrn vom Stein, dass der Wechsel von FCB der folgerichtige Schritt für jemanden ist, der seine Karriere mit Weitsicht planen möchte, widerspreche ich doch sehr deutlich. In der Vergangenheit gab es dazu viele Beispiele, die belegen, dass es eben nicht so ist. Auch die Unterstellung, dass die seit Jahren in Deutschland bestehenden „Gegebenheiten“ den Clubchef nicht interessieren, stimmt so nicht, denn wer sagt denn, dass diese Gegebenheiten quasi Gesetz sind und blind befolgt werden müssen? Statt sich mal wirklich „zu reißen“ und den unbequemen Weg bei einem aufstrebenden Außenseiter zu gehen, nimmt Herr Goretzka, wie viele andere Spieler vor ihm, den vermeintlich leichteren Weg, um Titel zu gewinnen. (...) Unterm Strich finde ich deshalb die Äußerungen von Herrn Tönies als Clubchef sogar äußerst lobenswert, weil er damit den meisten Anhängern aus der Seele spricht. Michael Werner, per Mail

Die E-Mail-Anschrift für Leserbriefe: klartext@nrz.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, eingeschickte Leserbriefe zu kürzen. Anonyme Briefe werden nicht berücksichtigt.